

## Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE/CHRISTIAN LEQUESNE

Das französische Maastricht-Referendum vom September 1992 hatte eine sehr knappe Zustimmung ergeben. Die damalige Opposition spaltete sich daraufhin in Verfechter und Gegner des Vertrages. Die RPR-UDF Regierung<sup>1</sup>, die nach der Parlamentswahl im März 1993 mit großer Mehrheit an die Macht kam, hat nun mit diesen Meinungsverschiedenheiten zu kämpfen. Dabei sind zwei Dinge zu erwägen: Wenn man berücksichtigt, daß die öffentliche Meinung Europa inzwischen eher ablehnend gegenübersteht, fragt sich, ob Frankreich noch mehrheitlich an Europa festhält. Und wenn das so ist, wo liegen die Ziele, was sind die Konsequenzen?

### *Die öffentliche Meinung*

Die französische Zustimmung zur Europäischen Union hat sich im Laufe des Jahres 1993 noch weiter vermindert. Dies ist zumindest das Ergebnis einer Meinungsumfrage, die für RTL (Radio Television Luxembourg) und Le Monde durch das BVA-Institut ein Jahr nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages durchgeführt wurde<sup>2</sup>. Im September 1993 hätten sich nur 44% der Wähler für und 56% gegen eine Ratifizierung des Vertrages ausgesprochen. 17% der Befragten äußerten in dieser Umfrage überhaupt keine Meinung. 12% der Franzosen waren der Ansicht, daß der Aufbau der Europäischen Union Fortschritte mache, 50%, daß er stagniere und 34%, daß er rückläufig sei.

Das politische Profil der Anti-Europäer bestätigte die alte Feindschaft der extremen Rechten und extremen Linken gegenüber Europa. Es offenbarte aber vor allem auch eine wachsende Zahl der von Europa enttäuschten im Kreise der RPR (58% würden sich gegen Europa aussprechen) und der UDF (Befürworter und Gegner von Maastricht halten sich hier die Waage). Ein langsamer Verfall der Zustimmung zu Europa war auch innerhalb der Sozialistischen Partei spürbar (63% sprachen sich für Europa aus, 1992 waren es noch 74%).

Andere Ergebnisse dieser Umfrage strahlen jedoch ermutigendere Signale aus. 48% gegenüber 42% der Befragten sind der Meinung, daß Frankreich mehr von der Europäischen Union profitieren als verlieren kann und eine starke Mehrheit (59% gegenüber 32%) steht einer europäischen Währung, die Hauptgegenstand des Maastrichter Vertrages war, immer noch positiv gegenüber.

Das Desinteresse gegenüber Europa läßt sich vor allem durch das Zusammentreffen der wirtschaftlichen Rezession mit ihren Auswirkungen auf den Arbeits-

markt, die Währungskrise vom August 1993, die Ohnmächtigkeit der Zwölf in Jugoslawien und das Konfrontationsklima der GATT-Verhandlungen erklären<sup>3</sup>. Geprägt von wirtschafts- und währungspolitischen Turbulenzen und deren sozialen Auswirkungen, erscheint Europa als das Trojanische Pferd einer Internationalisierung, die viele gesellschaftliche Gruppen bedroht. Insbesondere die Bauern bürdem dem Maastrichter Vertrag die Folgen auf, die sich aus der Einheitlichen Europäischen Akte oder aus der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ergeben haben.

Aber die Europaverdrossenheit der Franzosen hat noch viel ältere und tiefere Gründe. Der europäische Aufbau, der von Technokraten von oben aufgesetzt erscheint, leidet an seiner Unübersichtlichkeit und Komplexität. Zusätzlich sind die Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft unklar verteilt und es mangelt an Transparenz über die entsprechenden Aufgaben der Institutionen. Andererseits befriedigt der Mangel an eindeutigen Perspektiven über das Endziel der Union nicht die kartesianischen Denker, die dazu neigen, den Aufbau der Europäischen Union als eine Projektion ihres jakobinischen Staatsmodells zu sehen. Schließlich führt der Anstieg des Nationalismus, der aus der Identitätskrise des Nationalstaates resultiert, zu einer erneuten Infragestellung Europas. Auch wenn man die Bedeutung dieses Tatbestandes nicht übertreiben sollte, ist es für viele Franzosen schwierig geworden, ihre Loyalität zwischen einem überholten Nationalstaat und einer Gemeinschaft, die zugleich lästig und machtlos ist, zu verteilen.

#### *Kein Kurswechsel der neuen Regierung*

Mit einer solchen öffentlichen Meinung konfrontiert, entschloß sich die Regierung Balladur zu einer Strategie, die eine Änderung der bisherigen Politik ausschließt. Dies wurde an der Regierungserklärung sowie den Verlautbarungen des Ministers für europäische Angelegenheiten deutlich. "Man sollte an dem festhalten, was man seit 30 oder 40 Jahren aufzubauen versucht", sagte beispielsweise der Außenminister Alain Juppé<sup>4</sup>. Nur Europa ist in der Lage, die Herausforderungen zu meistern, die nicht mehr von einer Nation allein bewältigt werden können. Gleichzeitig liefert es den nötigen Anschub zur Modernisierung. Ein Kurswechsel kommt nicht in Frage. Insgesamt nahm die Regierungspolitik überwiegend zwei Richtungen:

Ein Hauptanliegen der Regierung bestand darin, die Unzufriedenheit und Frustrationen der Franzosen gegenüber der Europäischen Union zu kanalisieren. Hierbei fungierte die Kommission als Sündenbock. Zum Leitmotiv der Regierungsdebatten wurden, die wachsende Bürokratisierung der Kommission einer strikteren Kontrolle zu unterziehen, die steigende Reglementierungswut in Brüssel zu stoppen<sup>5</sup> und einer weiteren Machtausdehnung der Befugnisse der Kommission entgegenzuwirken.

Mit diesen Gedanken übernahm die Regierung die Hauptthemen der Anti-Maastricht-Debatte. Im Zuge dieser Kritik entwickelten sich aber auch einige Initiativen. Man möchte sicherstellen, daß das französische Parlament eine effiziente Kontrolle über gemeinschaftliche Entscheidungen bekommt. Dies soll dadurch erreicht werden, daß das Parlament sein Kontrollrecht, das es durch eine dem Maastrichter Vertrag vorausgehende französische Verfassungsänderung (Art. 88, § 4) erhalten hat, besser einsetzen kann. Ermutigt durch Edouard Balladur, der in dieser Richtung Vorschläge machte, hat der Präsident der Nationalversammlung, Philippe Seguin, im April 1993 einige Verfügungen erlassen, die eine systematische Überprüfung der gemeinschaftlichen Rechtsakte vorsehen. Hierbei handelt es sich um Vorschriften, die das Gesetzgebungsverfahren und die Entscheidungsprozesse betreffen.

Das zweite Hauptanliegen äußerte sich im Zusammenhang mit der Implementierung des Subsidiaritätsprinzips. Eine französisch-englische Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, die neu entstehenden Vertragstexte auf ihre Vereinbarung mit dem im Maastrichter Vertrag festgeschriebenen Subsidiaritätsprinzip zu untersuchen. Ein gutes Drittel aller Texte wurde daraufhin gekürzt oder sogar zurückgezogen.

#### *GATT*

Jenseits dieser Initiativen nahmen jedoch die GATT-Verhandlungen den ersten Rang auf der Prioritätenliste der Regierung Balladur ein. Seit März 1993 hat der Premierminister sein ausdrückliches Interesse an einer einvernehmlichen Lösung deutlich gemacht. Er betonte dabei, daß die derzeitige Übereinkunft insbesondere im agrarwirtschaftlichen Bereich inakzeptabel sei, und daß es daher neuer Verhandlungen bedürfe. Um die Verhandlungen voranzutreiben, hat die Regierung zahlreiche Konsultationen anberaumt. Zusätzlich wurden zwei Memoranden erstellt, die an die Adresse der Kommission und an die zwölf Mitgliedstaaten gingen<sup>6</sup>. Das erste Memorandum vom 7. Mai 1993 verdeutlichte die französische Position zu den Verhandlungen der Uruguay-Runde. Es wurde an die Notwendigkeit einer verstärkten Liberalisierung des Handels erinnert. Ebenso wird die Nützlichkeit einer Welthandelsorganisation (Organisation mondiale du commerce = OMC) betont, die verhindern soll, daß sich der Multilateralismus als Deckmantel für aggressive Handelspraktiken einzelner entpuppt. Mit diesen Aussagen werden in erster Linie die Amerikaner wegen ihres "Buy American Act" und des Abschnitts 301 des "Trade Act" angesprochen. So ist das zwischen der Kommission und den USA abgeschlossene Blair-House-Abkommen über den Agrarwirtschaftsbereich für unannehmbar erklärt worden. Das zweite Memorandum vom 24. August 1993 konzentrierte sich auf die Handelspolitik der Gemeinschaft. Hier wurden die Ziele, die durch Art. 113 EGV festgeschrieben wurden, erneut ins Gedächtnis gerufen. Das Dokument plädierte für eine Verstärkung der gemeinschaftlichen Mechanismen zum Schutze des Wettbewerbs. Rechtswidrige

Handelspraktiken sollen bekämpft und die Öffnung gewisser Marktbranchen, die als zu protegiert gelten, ermöglicht werden. Desweiteren wurde ein "Neues Instrument der Wirtschaftspolitik" (*Nouvel instrument de politique commerciale* = NIPC) vorgeschlagen. Mit dem NIPC soll ein Werkzeug geschaffen werden, um offensiv gegen Dumping und Subventionsbetrug vorgehen zu können. Zudem wurde die Idee einer Welthandelsorganisation weiterentwickelt. Die politische Bedeutung dieser zwei Memoranden liegt vor allem in der Tatsache, daß die französische Regierung sich für einen freien Handel einsetzt, zugleich jedoch die europäischen Interessen hartnäckig verteidigt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die wichtige Frage nach der Vereinbarkeit der Agrarverhandlungen des GATT mit der Reform der Agrarpolitik. Ein wichtiger Schritt war der Besuch Edouard Balladurs in Bonn am 27. August 1993. Auf die Gefahr hin, bei der FDP auf schärfste Kritik zu stoßen, hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl bereit erklärt, weitere Gespräche über die Agrarpolitik zu führen. Am 6. Dezember 1993 haben die Amerikaner dann endgültig eine Fassung des Blair-House-Abkommens anerkannt, die den französischen Erwartungen entsprach. Für die Reduzierung der subventionierten Exporte dienen als Referenzbasis demnach nicht die Jahre 1986–1990, sondern die Jahre 1991–1992, in denen sich die französische Produktion vergrößerte. Weiterhin gilt der Importzwang von 5% des gesamten nationalen Konsums landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht für einzelne Produkte, sondern für Produktkategorien (Getreidearten, Fleisch usw.). Schließlich verbietet eine "Friedensklausel" den Amerikanern für weitere sechs bis neun Jahre die Agrarhilfen an die Landwirte der Gemeinschaft in Frage zu stellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der GATT-Verhandlungen waren für die Regierung Balladur die audiovisuellen Medien. Während sich die Vereinigten Staaten immer noch wünschten, daß die Verbreitung und Produktion der audiovisuellen Medien Bestandteil der endgültigen GATT-Verträge werden, bangte Frankreich um den Schutz seiner Filmindustrie. Frankreich hat sich in diesem Sektor stets für eine kulturelle Ausnahmeregelung ausgesprochen, auch wenn dies dem Freihandelsprinzip widerspreche. Trotz der geringen Unterstützung durch die Kommission und die meisten Mitgliedstaaten gelang es, einen für beide Seiten zufriedenstellenden Kompromiß zwischen Paris und Washington zu erzielen. Der Bereich der audiovisuellen Medien wurde in die Passagen über den Dienstleistungssektor einbezogen und somit der Rechtsprechung unterstellt. Es wurde auch entschieden, daß die Mitglieder des GATT, die keine Versprechen über die Öffnung ihrer Märkte für Medienprodukte machen, nicht von anderen Verhandlungspartnern attackiert werden dürfen.

Neben den audiovisuellen Medien und der Agrarwirtschaft standen für Frankreich während der Uruguay-Runde noch andere Interessensfelder auf dem Spiel (u. a. geistiges Eigentum, Finanzdienstleistungen), über die jedoch nur wenig debattiert wurde. Mit Ausnahme von Raymond Barre und Valéry Giscard d'Estaing gab es nur wenige Politiker, die sich zu diesen Themen äußerten.

Ebenso ist es erstaunlich, daß 79% der französischen Unternehmer im Oktober 1993 einen mittelmäßigen Kompromiß bei den GATT-Verhandlungen einer internationalen Isolation vorzogen<sup>7</sup>. Die Zurückhaltung der Arbeitgeberverbände, insbesondere des Conseil national du patronat français (CNPF) gegenüber den Stellungnahmen der Regierung war bemerkenswert.

Für die Regierung war die Konzentration auf innenpolitische Themen in einer Umgebung sozialer Krisen von außenordentlicher Bedeutung. Am Abend der Verabschiedung der endgültigen Verträge der Uruguay-Runde am 15. Dezember 1993 stellte die Regierung in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage. Hierbei konnte sie 466 Stimmen auf sich vereinen, 90 sprachen sich gegen sie aus und 15 Parlamentarier nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die GATT-Verhandlungen haben es vermocht, fast alle Kräfte der Nation zu mobilisieren. Manchmal wurde dabei der französische Wille, die Entwicklung der Union weiterzuführen, überdeckt. Die währungspolitischen Turbulenzen des Sommers zeigten jedoch, daß Frankreich, wenn auch umstritten, mehrheitlich am Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion festhielt.

#### *Noch eine Währungskrise*

Nach der währungspolitischen Krise vom September 1992 schien eine Atempause im Europäischen Wechselkurssystem (EWS) zu herrschen, auch wenn die italienische Lira und das englische Pfund das EWS vorübergehend verließen. Das Fehlen eines Konsenses innerhalb der französischen Parlamentsmehrheit über eine Politik des starken Francs und die Ablehnung der Deutschen Bundesbank, die Leitzinsen zu senken, haben jedoch am 1. August 1993 neue Angriffe auf die Währungen und vor allem auf den französischen Franc ausgelöst.

Die Währungskrise vom August 1993 bewegte erneut die französische Öffentlichkeit. Die Antwort der Regierung Balladur auf die Turbulenzen bestand darin, einem Kompromiß vom 1. August 1993 zuzustimmen, der eine beträchtliche Ausweitung der Bandbreite der Wechselkursschwankungen vorsah (von  $\pm 2,25$  auf  $\pm 15\%$ ). Um das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion nicht zu gefährden, wurde eine Politik der engen Anlehnung des Francs an die D-Mark — besonders durch hohe Zinssätze — betrieben. Obgleich sich nach einer Entscheidung des Verfassungsrates, vorgelegt durch die Abgeordneten und Senatoren der Opposition<sup>8</sup>, diese Politik veränderte und abmilderte, bezeichnete das Gesetz vom 4. August 1993 über das Statut der Banque de France gleichzeitig die Verbundenheit der Regierung Balladur mit den Perspektiven einer zukünftigen Europäischen Zentralbank. Das Streben der Regierung Balladurs, die Wechselkursbandbreiten nicht in vollem Maße auszunutzen, wie dies der Kompromiß vom 1. August dem Franc sowie auch allen anderen Währungen des EWS erlaubt, löste eine lebhafteste Debatte im Kreise der französischen Geschäftswelt über die tatsächlichen Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs aus. In Politikerkreisen waren 1993 Stimmen sowohl aus dem rechten (Philippe Séguin<sup>9</sup>) als

auch aus dem linken Spektrum (Jean-Pierre Chevènement<sup>10</sup>) zu vernehmen, die durch eine couragierte Politik die Investitionsbereitschaft und den Konsum fördern wollen. Ziel dieser Politik ist die Eindämmung der Arbeitslosigkeit. 11,7% der erwerbstätigen Bevölkerung waren 1993 arbeitslos. Dies sei eine wichtigere Aufgabe als die monetaristische Stabilitätspolitik und der Kampf gegen die Inflation, wie sie von der Regierung Balladur und all ihren Vorgängern — Sozialisten oder RPR/UDF — seit 1983 betrieben wird.

### *Außenpolitik und Verteidigung*

Ein weiterer Punkt, der das Festhalten der französischen Regierung am Maastrichter Vertrag belegt, ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Das Hauptgewicht liegt hier auf der Festigung einer europäischen Identität. Dieses Anliegen stimmt mit den Zielen Frankreichs überein. Der "Europäische Stabilitätspakt", den Eduard Balladur seinen Partnern im Juni 1993 vorgeschlagen hat, fügt sich ebenfalls ganz in diesen Rahmen. Er wurde vom Europäischen Rat in Brüssel im Dezember angenommen und gehört zu den "gemeinsamen Aktionen", die im Kapitel GASP des Maastrichter Vertrages vorgesehen sind. Ziel des "Europäischen Stabilitätspaktes" ist die Lösung von Grenzkonflikten und Problemen mit Minderheiten auf diplomatischem Wege durch die europäischen Staaten. Es sind insbesondere jene europäischen Staaten gefordert, gutnachbarschaftliche Beziehungen herzustellen, die Aussicht haben, der Europäischen Union beizutreten. Es wurde die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen, die Verfahrensregeln erarbeiten soll<sup>11</sup>.

Für Frankreich ist klar, daß neben dieser Initiative die GASP auch durch andere Einflüsse an Perspektive gewinnen muß. Der Akzent wird auf die europäische Verteidigung gelegt, die als Voraussetzung für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik betrachtet wird<sup>12</sup>. Die Idee, ein Wiederaufschwung Europas könne nur durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erzielt werden, erklärt sich anhand der Schritte, die in diese Richtung gemacht wurden. Bei vorausgegangenen Regierungen hatte die europäische Sicherheitsdimension stets oberste Priorität. Dies beweist das 1994 publizierte "Weißbuch über die Verteidigung". Es ist nicht im Sinne von Paris, die NATO durch eine neue Organisation zu ersetzen. Jedoch wird es als notwendig erachtet, Strukturen und Verfahren neu zu definieren, um den Europäern die Möglichkeit zu geben, im Bedarfsfall auch autonom handeln zu können. Diese Betrachtungsweise macht den Pragmatismus und die Anpassungsfähigkeit deutlich, die in den Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO herrschen. Sie zeigt auch, warum sich Frankreich für die Anerkennung einer eigenständigen europäischen Verteidigungsidentität bei den Verbündeten einsetzt — dies war auch das Hauptanliegen des Gipfels vom Januar 1994 — und weiterhin für die Stärkung der Westeuropäischen Union kämpft.



Im Verlauf dieser Diskussion wird die deutsch-französische Allianz weiterhin die treibende Kraft sein, auch wenn eine Verstärkung der französisch-englischen Kooperation nicht ausgeschlossen wird. Die Entschärfung der französischen Position gegenüber der NATO und das gemeinsame Vorgehen zur Erreichung eines Friedens im ehemaligen Jugoslawien macht eine solche Zusammenarbeit realistischer. Nach der Schaffung des Eurocorps und der Übereinstimmung hinsichtlich seiner möglichen Anwendung im Rahmen der NATO und der Westeuropäischen Union<sup>13</sup>, starteten Frankreich und Deutschland eine neue Initiative im Bereich der europäischen Sicherheit. Beide Staaten haben vorgeschlagen, den mittel- und südosteuropäischen Ländern, die an die Europäische Union durch "Europaabkommen" angeschlossen sind, ein Statut einzuräumen, das sie als assoziierte Partner der Westeuropäischen Union auszeichnet<sup>14</sup>.

### *"Konvergenzkriterien" für den Beitritt*

Im Vergleich zu 1992 sind wesentliche Veränderungen der französischen Positionen hinsichtlich des Beitritts anderer Staaten zur Europäischen Union im weiteren Sinne erkennbar. In Relation zu den früheren Erweiterungsverhandlungen hat Frankreich bei den Beitrittskandidaten der EFTA-Länder große Flexibilität bewiesen. Sei es bei der Diskussion um den schwedischen Beitrag zur Union oder beim Kapitel über Fischfangquoten, das mit Norwegen nur unter Schwierigkeiten ausgehandelt werden konnte. Bei dem delikaten Problem der Neutralität hat Frankreich ebenfalls darauf verzichtet, an festgeschriebenen Garantien festzuhalten, wie sie in früheren Zeiten gefordert wurden. Frankreich erklärte sich mit den Beitrittserklärungen einverstanden, sobald sich die Beitrittskandidaten dazu verpflichteten, ihre Gesetzgebung mit der GASP in Übereinstimmung zu bringen. Die französische Position zum Problem der institutionellen Anpassung an die Erweiterung wurde ebenfalls gelockert. Paris sieht eine sofortige institutionelle Reform nicht mehr als Voraussetzung. Der Termin für diese wurde auf 1996 verschoben<sup>15</sup>. Im Gegenzug blieb die französische Position gegenüber der neuen Stimmgewichtung im Ministerrat ungebeugt. Der Minister für europäische Angelegenheiten äußerte deutlich: "Wir verlangen, daß die zukünftigen Erweiterungen in keiner Weise das gute Funktionieren der Gemeinschaft gefährden. Wir setzen uns bei einer Erweiterung auf 16 Mitgliedstaaten dafür ein, daß die Stimmzahl, die notwendig ist, um eine Entscheidung zu blockieren, von 23 auf 27 hochgesetzt wird"<sup>16</sup>.

Die Beitrittsdiskussion wird noch sensibler, wenn man eine Erweiterung der Union um die zentral- und südosteuropäischen Länder in Betracht zieht. Hier hat Frankreich erst kürzlich Vorbehalte angekündigt. Ein wichtiger Schritt wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen gemacht, bei dem diesen Ländern eine zukünftige Beitrittmöglichkeit in Aussicht gestellt wurde<sup>17</sup>. Ein Merkmal der französischen Position ist vor allem das Drängen, "Konvergenzkriterien" zu definieren, die es ermöglichen, den Grad der politischen und wirt-

schaftlichen Beitrittsfähigkeit zu messen. Frankreich hielt an seiner Weigerung fest, einen Beitrittszeitplan aufzustellen, wollte aber andererseits gerne umgehend einen "Europäischen Politischen Raum" (*espace politique européen*) fördern. Dies soll durch eine Stärkung des politischen Dialoges im Rahmen der Europaabkommen und der Westeuropäischen Union (WEU) erreicht werden.

## Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Merle Kanzler, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

- 1 RPR = Le Rassemblement pour la République (gaullistische Rechte), UDF = L'Union pour la Démocratie Française (Mitte Rechts).
- 2 *Le Monde* v. 21. 9. 1993.
- 3 Die Sensibilität der französischen Öffentlichkeit gegenüber den GATT-Verhandlungen hat sich im Dezember 1992 wie folgt geäußert: 62% der Befragten rechtfertigten ein französisches Veto auch auf die Gefahr hin, eine europäische Krise herbeizuführen. 1993 waren sogar 68% der Befragten dieser Meinung.
- 4 Interview mit dem französischen Außenminister Alain Juppé, in: *Le Monde* v. 2. 9. 1993.
- 5 Interview mit dem Minister für Europäische Angelegenheiten M. A. Lamassoure, in: *Le Figaro* v. 27. 12. 1993.
- 6 Die beiden Dokumente sind abgedruckt bei Hogue, Patrick: Les enjeux de la négociation du GATT, Assemblée Nationale, Délégation pour les Communautés européennes v. 2. 11. 1993, S. 168–177.
- 7 Umfrage IFOP-La Tribune v. 20./21. 10. 1993, s. *Le Monde* v. 26. 10. 1993.
- 8 Entscheidung 93–324 DC v. 3. 8. 1993.
- 9 Vgl. Rede von Philippe Séguin an der Universität Paris-Dauphine v. 2. 12. 1993, in: *Le*

*Monde* v. 3. 12. 1993.

- 10 Vgl. Chevènement, Jean-Pierre: Sortir du piège, in: *Le Monde* v. 3. 9. 1993.
- 11 Vgl. Schneider, Heinrich: Der KSZE-Prozeß und die gesamteuropäische Kooperation, in diesem Band.
- 12 Interview mit Außenminister Alain Juppé, in: *Libération* v. 7. 10. 1993.
- 13 Am 21. 1. 1992 hat Frankreich akzeptiert, daß die Einheiten des Eurocorps im Krisenfall der Oberbefehlsgewalt der NATO unterstellt werden können (Accord Lanxade-Naumann-Shalikasvili). S. Vernet, Daniel: Nouveau pas de Paris vers L'OTAN, in: *Le Monde* v. 12. 3. 1993.
- 14 Erklärungen des polnischen, deutschen und französischen Außenministeriums, Warschau, 12. 11. 1993, in: Bulletin du ministère des Affaires étrangères v. 16. 11. 1993.
- 15 Interview mit M. A. Lamassoure in der österreichischen Wochenzeitschrift "Profil" v. 2. 11. 1993, Bulletin d'information du ministère des Affaires étrangères v. 4. 11. 1993.
- 16 Interview mit M. A. Lamassoure in der Wochenzeitschrift "Le Point" v. 31. 12. 1993.
- 17 Interview mit M. A. Lamassoure im polnischen Journal "Gazeta Wyborcza" v. 23. 6. 1993, Bulletin d'information du ministère des Affaires étrangères.

## Weiterführende Literatur

Lequesne, Christian: Paris-Bruxelles. Comment se fait la politique européenne de la France, Paris, Presses de la FNSP, 1993.  
 Politique étrangère 1 (1993): Sonderheft über

die Gemeinschaft nach Maastricht.  
 Pouvoirs 69 (1994): L'Europe, de la Communauté à l'Union.  
 Témoins 1 (1993): La nation contre L'Europe?